

November 1918

Eine verratene und vergessene Revolution*

HEINRICH NEUHAUS

„Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte“ (Karl Marx)

Die Novemberrevolution wurde nicht nur verraten, wie wir sehen werden, sie wurde weitgehend vergessen (gemacht). Auch ihre Vorgeschichte ist kaum mehr bekannt. Es hatte mehr als einen Anlauf bedurft, um die scheinbar so festgefühten Mauern der Hohenzollernmonarchie zum Einsturz zu bringen.

Die folgende grobe Skizze versucht, die zentralen Stationen des radikalen Widerstands der deutschen ArbeiterInnenklasse in Erinnerung zu rufen.

Die Vorgeschichte

Der 4. August 1914 gilt als das entscheidende Datum für die endgültige Wandlung der SPD. Die Sozialdemokratie des Kaiserreichs war zwar schon längst eine Partei geworden, die sich vom Sturz des Kapitalismus als strategischem Ziel verabschiedet hatte. Aber die Zustimmung zu den Kriegskrediten bedeutete das offene Bekenntnis zu einem prokapitalistischen, proimperialistischen und letztlich konterrevolutionären Kurs. Gleichzeitig legte sie die Axt an die Wurzeln der sozialistischen Bewegung in Deutschland.

Unter der Hülle des „Burgfriedens“, der im August 1914 proklamiert worden war, hatten sich die sozialen Spannungen im Laufe des Krieges außerordentlich verschärft. Nicht nur für

ArbeiterInnen, sondern auch für Angestellte und Beamte verschlechterte sich die materielle Situation drastisch.

Zunächst blieb die Opposition gegen den Krieg eine Randerscheinung. Die ersten, illegalen Mai-Demonstrationen fanden 1915 und dann vor allem ein Jahr später statt. Karl Liebknecht war am 1. Mai 1916 in Berlin der Hauptredner. Zu dieser Zeit deuteten spontane Streiks und Hungerproteste (letztere vor allem von Frauen) eine Änderung der Lage an.

Die Gewerkschaftsführung war der Burgfriedenspolitik und dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst von Dezember 1916 verpflichtet. Der hauptamtliche Gewerkschaftsapparat sah hierin nicht nur einen tarif- und arbeitspolitischen Nutzen, sondern er konnte auch persönliche Vorteile verbuchen – nicht zuletzt den Schutz vor der Einberufung zum Kriegsdienst. Die Bürokratie bekämpfte deshalb gemeinsam mit dem Kapital die Streiks vor allem in der Rüstungsindustrie – zum Teil in brutaler Form.

Gegen diesen Kurs stützte sich die gewerkschaftliche Opposition vor allem auf die Facharbeiterschaft in der Metallindustrie. Aus ihren Reihen gingen die Revolutionären Obleute hervor, die den radikalen Flügel der gewerkschaftlich organisierten Metaller bildeten.



Revolutionäre Demonstration in der Mannheimer Neckarstadt, November 1918.

Besonders die völlig unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln schürte Unzufriedenheit. „Alles wird für die Reichen, für die Besitzenden reserviert [...] Die schönen Reden vom ‚Durchhalten‘ gelten nur für die arbeitende Klasse, die herrschende Klasse hat sich mit ihrem Geldsack schon genügend versorgt“, klagte eine Hamburger Arbeiterin im Winter 1916/17, der als „Steckrübenwinter“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist.

Hungerunruhen und Streiks

Mehr noch als der Mangel selbst wirkte die ungerechte Verteilung provozierend und verbitternd. In zahllosen Hungerunruhen und Streiks machte sich der angestaute Unmut seit 1916 Luft. Die Antikriegsproteste im Ausland und die russische Februarrevolution 1917 beflügelten den Widerstand im Reich. Folge war die große Streikwelle im April desselben Jahres.

Ein weiteres Ergebnis der sich zuspitzenden Entwicklung war die Spaltung der SPD in eine bellizistische Mehrheit (Merheitssozialdemokratie – MSPD) und eine pazifistische Minderheit (die Unabhängige Sozialdemokratische Partei – USPD).

Mit der russischen Oktoberrevolution 1917 begann eine neue Phase der Weltrevolution, in deren Gefolge in Deutschland Massenstreiks von bisher nicht gekanntem Umfang stattfanden.

Ende Januar 1918 traten in Berlin und allen anderen größeren Städten die RüstungsarbeiterInnen in den Ausstand, um für „Frieden, Freiheit und Brot“ zu demonstrieren. Noch einmal konnten die Zivil- und Militärbehörden die Bewegung nie-

derschlagen. Doch die Schwäche des wilhelminischen Herrschaftssystems war inzwischen unverkennbar.

Auch an den Fronten sammelte sich viel sozialer Zündstoff an. Im Sommer 1917 kam es zur ersten innermilitärischen Massenerhebung gegen den Krieg.

„Für die verdammten Preußen und Großkapitalisten halte ich meinen Schädel nicht länger hin“, schrieb ein Soldat in einem Feldpostbrief vom August 1917. Das war keine Einzelstimme. „Gleiche Löhnung, gleiches Fressen, wär’ der Krieg schon längst vergessen“, lautete ein beliebter Spruch in den Schützengräben.

Die Revolte der Matrosen

Höhepunkt dieser Revolte war der Streik der Matrosen der kaiserlichen Kriegsflotte. Ihr führender Kern bestand aus Metallarbeitern und war dementsprechend gewerkschaftlich und politisch geprägt. Die Admiralität unterdrückte diese Protestbewegung mit Gewalt. Die Anführer der Matrosen, Max Reichpietsch und Albin Köbis, wurden hingerichtet. Selbst in dieser Situation blieb die Führung der MSPD um Ebert und Scheidemann der imperialistischen Kriegspolitik der Obersten Heeresleitung (OHL) treu verpflichtet. Aber auch die USPD taktierte aus Furcht, ihre Legalität zu verlieren, äußerst vorsichtig.

Nach dem blutigen Scheitern der letzten deutschen Großoffensive im Westen im März 1918 häuften sich die Meldungen über Disziplinverstöße und Befehlsverweigerungen. Immer mehr Soldaten versuchten, sich dem brutalen Krieg durch Desertion oder Selbstverstümmelung zu entziehen.

Ende September 1918 gestand die OHL unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff die militärische Niederlage ein. Sie drängte auf sofortigen Abschluss eines Waffenstillstands und, damit verbunden, auf die „Parlamentarisierung“ der Reichsverfassung. Der führende Kern der wilhelminischen Führungskaste ist jetzt zur Bildung einer von der Reichstagsmehrheit abhängigen Regierung bereit. Diese Reform „von oben“ sollte der drohenden Revolution „von unten“ zuvorkommen – das war der Grundgedanke der im Oktober 1918 eingeleiteten Wende.

Allerdings ließen die Antworten des US-Präsidenten Wilson auf das Waffenstillstandsgesuch der neuen parlamentarischen Reichsregierung unter Prinz Max von Baden rasch erkennen, dass ohne eine Abdankung Wilhelms II. an Frieden nicht zu denken war. Da der Kaiser aber nicht zurücktreten wollte, richtete sich die Massenbewegung nun gegen den Träger der Krone selbst.

Arbeiter- und Soldatenräte

Schließlich zündete der revolutionäre Funke auf den Großkampfschiffen der kaiserlichen Marine. Als die Marineleitung Ende Oktober 1918 den Befehl gab, die Hochseeflotte zu einem letzten Gefecht gegen England auslaufen zu lassen, verweigerten die Matrosen den Gehorsam. In Kiel griff am 5. November die Bewegung aufs Land über, und von hier aus breitete sie sich in den folgenden Tagen auf ganz Deutschland aus. In allen Großstädten entstanden nach Kieler Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte. Fast widerstandslos brach die alte Ordnung zusammen.

Am 9. November erreichte die revolutionäre Bewegung Berlin. In den Morgenstunden traten die ArbeiterInnen der Großbetriebe in den Generalstreik. Die Soldaten in den Garnisonen



Mitteilungsblatt des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates, 5. November 1918.

solidarisierten sich mit ihnen. Von den Außenbezirken bewegten sich lange Demonstrationzüge zum Regierungsviertel in der Wilhelmstraße.

Theodor Wolff, Chefredakteur des liberalen *Berliner Tageblatts* beschrieb die Vorgänge: „Meine Mitarbeiter kommen und erzählen, überall risse man den Offizieren die Kokarden ab. Schutzleute seien nicht mehr vorhanden, die Stadt sei mit einem Schlag völlig verändert, die Straßenbahn habe den Verkehr eingestellt; das Wolffsche Telegraphenbüro sei von den Revolutionären besetzt, am Brandenburger Tor wehe die rote Fahne.“

Noch in letzter Minute versuchte Prinz Max von Baden, den im Hauptquartier im belgischen Spa weilenden Kaiser zur Abdankung zu bewegen – vergeblich. So entschloss er sich, auf eigene Verantwortung zu handeln. Gegen Mittag ließ er die Nachricht verbreiten, dass Wilhelm II. dem Thron entsagt habe. Kurze Zeit später übertrug er dem Vorsitzenden der Mehrheitssozialdemokratie, Friedrich Ebert, die Reichskanzlerschaft. Dessen Position war eindeutig: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde.“

Gegen Eberts Willen rief um 2 Uhr nachmittags sein Kollege Philipp Scheidemann von einem Balkon des Reichstags die „deutsche Republik“ aus: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt!“

Nur zwei Stunden später proklamierte Karl Liebknecht vom Balkon des Berliner Schlosses aus die „freie sozialistische Republik Deutschland“. Der Sprecher des Spartakusbundes war seit 1916 wegen seiner Antikriegsopposition bis zum 23. Oktober 1918 im Zuchthaus eingesperrt worden. Liebknecht machte in seiner Rede deutlich, dass das eigentliche Werk der revolutionären Umwälzung erst noch bevorstehe: „Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt.“

Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) befanden sich in der Klemme. Einerseits hatten sie die Revolution nicht gewollt und bis zuletzt bekämpft. Sie glaubten, dass mit der Oktoberreform der OHL bereits der entscheidende Schritt zur parlamentarischen Demokratie getan worden war. Andererseits konnten sie sich jetzt aber auch nicht abseits halten, wenn sie sich nicht um allen Einfluss auf den Gang der Ereignisse bringen wollten. Deshalb schlug Friedrich Ebert noch am Nachmittag des 9. November den Vertretern der USPD vor, gemeinsam eine Regierung zu bilden.

Der Rat der Volksbeauftragten

Nach schwierigen Verhandlungen konstituierte sich am frühen Nachmittag des 10. November der Rat der Volksbeauftragten. Ihm gehörten jeweils drei Vertreter der beiden Parteien an: Ebert, Scheidemann und Otto Landsberg von der MSPD, Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth von den Unabhängigen. Offiziell teilten sich Ebert und Haase den Vorsitz; faktisch aber lag die Führung von Anfang an bei Ebert.

Dass MSPD und USPD sich überhaupt auf eine Koalition einigten, war keineswegs selbstverständlich. Denn seit der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie im Frühjahr 1917 hatten sich nicht nur die politischen Differenzen, sondern auch die ge-

genseitigen persönlichen Animositäten weiter verschärft. Wenn die zerstrittenen GenossInnen scheinbar wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammenfanden, war das vor allem auf den Druck von unten und die Ausbreitung der Rätebewegung zurückzuführen.

Nach dem Sturz des Kaisers verlangten Arbeiter und Soldaten nachdrücklich ein Ende des „Bruderkampfes“. Das zeigte sich bereits in der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Circus Busch am Nachmittag des 10. November. Als Karl Liebknecht vor den Mehrheitssozialdemokraten warnte, „die heute mit der Revolution gehen und vorgestern noch Feinde der Revolution waren“, unterbrachen ihn stürmische Rufe: „Einigkeit! Einigkeit!“

Die Versammlung wählte auf Initiative der Revolutionären Obleute einen 24-köpfigen Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins. Ebert konnte dies zwar nicht verhindern, aber es gelang ihm, eine paritätische Besetzung mit MSPD- und USPD-Mitgliedern durchzusetzen. Ebenfalls nicht zu verhindern war der Beschluss, für Mitte Dezember einen Reichsrätekongress in der Hauptstadt einzuberufen.

Doch die Konterrevolution formierte sich. Am Abend des selben Tages telefonierte Ebert mit General Groener, dem neuen Chef der OHL. Groener sicherte Ebert die Unterstützung des Heeres zu. Im Gegenzug versprach Ebert, die alte militärische Rangordnung wiederherzustellen und gegen die Arbeiter- und Soldatenräte vorzugehen. Dieser geheime Pakt war ein für den weiteren Lauf der Ereignisse entscheidender Faktor.

Nach der Bildung des Rates der Volksbeauftragten und der Wahl des Vollzugsrates als Kontrollorgan am 10. November trat eine kurze und trügerische Phase der Beruhigung ein. Die neue Regierung versprach in ihren ersten Proklamationen, für Ordnung zu sorgen und das Eigentum zu schützen.

Überraschend schnell kehrte das Leben in Berlin und anderen deutschen Großstädten scheinbar zur Normalität zurück. Der Alltag schien durch das revolutionäre Geschehen nur wenig berührt worden zu sein. Die Straßenbahnen fuhren bald wieder regelmäßig, das Telefon funktionierte, ebenso die Gas-, Wasser- und Stromversorgung.

Der in München lebende Dichter Thomas Mann schrieb damals: „Ich bin befriedigt von der relativen Ruhe u[nd] Ordnung, mit der vorderhand wenigstens alles sich abspielt.“

Die deutsche Revolution. Keine französische Wildheit, keine russisch-kommunistische Trunkenheit.“

Das Bürgertum erholte sich schnell vom ersten Schock und reagiert auf die neue Situation mit großer Anpassungsfähigkeit. Gleichsam über Nacht übernahm es die proletarische Organisationsform der Räte. „Man überbietet sich allenthalben in Gründungen von allen möglichen Räten: Bauernräte, Bürgerräte, geistige Räte, Kunsträte, Theaterräte. Die deutsche Vereinsmeierei ist in die Arme der Revolution geflüchtet“, stellte der Heidelberger Historiker Karl Hampe fest.

Das Stinnes-Legien-Abkommen

Ungleich bedeutender war jedoch ein Treffen zwischen dem Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Carl Legien, mit den Vertretern des Großkapitals unter Hugo Stinnes und Carl von Siemens. Es fand vom 9. bis 12. November in Berlin statt. Das Ergebnis dieser Tagung war bezeichnend. Am 15. November unterschrieben beide Seiten ein „Arbeitsge-

meinschaftsabkommen". Die Gewerkschaftsführung sicherte darin zu, geordnete Produktionsverhältnisse zu garantieren, wilde Streiks zu beenden, den Einfluss der Räte zurückzudrängen und eine Sozialisierung von Produktiveigentum zu verhindern. Die Unternehmer garantierten im Gegenzug die Einführung des 8-Stundentags. Sie sicherten außerdem den Gewerkschaften den Alleinvertretungsanspruch für die abhängig Beschäftigten und die dauerhafte Anerkennung ihrer Organisationen zu.

Zur besseren Koordination bildeten beide Seiten einen „Zentralausschuss zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft". Zudem sollte ein „Schlichtungsausschuss" bei künftigen Konflikten vermitteln. In jedem Betrieb mit mehr als 50 ArbeiterInnen konnten Ausschüsse gemeinsam mit der jeweiligen Unternehmensleitung die Einhaltung von Tarifverträgen überwachen.

Für ein tarif- und arbeitspolitisches Linsengericht verkaufte somit die Gewerkschaftsbürokratie nicht nur jegliche Unterstützung selbst der geringsten Ansätze für eine soziale Revolution. Sie blieb vielmehr ihrem Selbstverständnis als Ordnungsfaktor treu.

Der 10. November

Wie sollte es nun weitergehen mit der Revolution? Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie besaßen ein klares Konzept: Sie wollten keine sozialistischen Experimente. Es ging ihnen zuallererst um den Erhalt der bürgerlichen Machtstrukturen und die „Herstellung von Ruhe und Ordnung".

Konkret wollten sie gleichzeitig die dringenden Tagesprobleme im Rahmen des kapitalistischen Systems bewältigen: Sicherung der Lebensmittelversorgung, Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft, Demobilisierung der Truppen, Wiedereingliederung der rückkehrenden Soldaten in den Arbeitsprozess, Durchführung des Waffenstillstands und Vorbereitung der Friedensverhandlungen.

In den Arbeiter- und Soldatenräten sahen sie eine gefährliche Konkurrenz für die parlamentarische Berufspolitik, eine Bedrohung, hinter der das Monster des bolschewistischen Umsturzes lauerte. Die Räte sollten, nachdem sie nicht zu verhindern gewesen waren, möglichst schnell einer frei gewählten Nationalversammlung Platz machen. Dieser allein sollte es vorbehalten bleiben, alle wichtigen Entscheidungen über die gesellschaftliche und politische Zukunft zu treffen.

Die USPD war in der Frage der künftigen Neuordnung der Republik gespalten. Der rechte Flügel bekannte sich zwar auch für die Einberufung einer Nationalversammlung, wollte aber einen möglichst späten Wahltermin. Die dadurch gewonnene Frist sollte dazu genutzt werden, durch gesellschaftliche Strukturreformen die Grundlagen für eine sozialistische Demokratie zu legen. „Die Demokratie muß so verankert werden, daß eine Reaktion unmöglich wird“, erklärte Rudolf Hilferding, der führende Parteitheoretiker, Mitte November 1918.

Die Vertreter des linken USPD-Flügels lehnten dagegen die Nationalversammlung ab und sprachen sich für ein Räteystem aus. Damit näherten sie sich dem Spartakusbund um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an, der formell noch zur USPD gehörte. Faktisch betrieb dieser aber seine eigene Politik und gründete an der Jahreswende 1918/19 mit anderen linksradikalen Gruppen die Kommunistischen Partei Deutschlands.

Unter der Parole „Alle Macht den Räten!“ entfaltete der Spar-

takusbund eine rege Agitation für das Weitertreiben der Revolution. „Scheidemann-Ebert sind die berufene Regierung der deutschen Revolution in ihrem heutigen Stadium“, schrieb Rosa Luxemburg am 18. November 1918 in der *Roten Fahne*. Sie hatte die redaktionelle Leitung der Zeitung nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis in Breslau und der Rückkehr nach Berlin übernommen. „Aber die Revolutionen stehen nicht still. Ihr Lebensgesetz ist rasches Vorwärtsschreiten, über sich selbst Hinauswachsen.“

Der Wirkungsgrad des 1916 gegründeten Spartakusbundes war nur sehr begrenzt, nicht zuletzt aufgrund der geringen Zahl der Mitglieder und der noch schwachen Organisation. Auf die Arbeiter- und Soldatenräte übte er keinen nennenswerten Einfluss aus. Hier besaßen die Repräsentanten der MSPD und des gemäßigten Flügels der USPD ein klares Übergewicht.

Von einer Räte-demokratie nach russischem Muster war Deutschland im November und Dezember 1918 weit entfernt. Dennoch beschworen konterrevolutionäre Kreise unaufhörlich diese Gefahr. Sie schrieben Liebknecht und Luxemburg eine über ihren tatsächlichen Einfluss weit hinausreichende Bedeutung zu. „Spartakus“ wurde zum blutrünstigen Schreckgespenst verzerrt. Damit ließen sich vortrefflich Ängste vor Chaos und Bürgerkrieg schüren, vor allem bei jenen, die von grundlegenden Veränderungen einen Verlust ihrer bisherigen Privilegien zu befürchten hatten.

Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie traten der Hetze gegen die radikale Linke nicht entgegen. Im Gegenteil: Sie hatten das antibolschewistische Feindbild selbst in starkem Maße verinnerlicht. Sie kannten keine Skrupel, die damit verbundenen Bedrohungsängste in den innenpolitischen Auseinandersetzungen zu instrumentalisieren.

Die Übergangsregierung und die Rätebewegung

Um das Zusammentreten des Ersten Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhindern, planten Ebert und Groener, mit dem Einsatz von nach Berlin befohlenen Frontruppen die Kontrolle über die Hauptstadt wiederzugewinnen. Am 6. Dezember schlug jedoch eines der dafür vorgesehenen Regimenter zu früh los. Die Soldaten feuerten, bei dem Versuch, den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhaften, auf eine Demonstration von unbewaffneten Roten Garden und töteten 16 Menschen.

Dabei zeigte auch der Verlauf des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 16. bis 21. Dezember 1918 deutlich, wie gering der politische Einfluss Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs in diesem Gremium war. Der Vorschlag, sie als „Gäste mit beratender Stimme“ zuzulassen, wurde gleich zu Beginn der Tagung zurückgewiesen.

Mit überwältigender Mehrheit lehnten die Delegierten auch den Antrag ab, „an dem Räteystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik“ festzuhalten und den Arbeiter- und Soldatenräten die höchste gesetzgebende und vollziehende Gewalt zu übertragen. Stattdessen wurde der Gegenantrag angenommen, die Wahlen zur Nationalversammlung zum frühestmöglichen Termin, am 19. Januar 1919, stattfinden zu lassen.

Dennoch war die Freude der MSPD-Führer über diese Entscheidung nicht ungetrübt. Denn zugleich fasste der Rätekon-

gress zwei Beschlüsse, die ihnen gar nicht ins Konzept passten. Zum einen wurde die Regierung aufgefordert, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen“. Zum anderen wurde eine tiefgreifende Militärreform verlangt. Die militärische Kommandogewalt sollte von den Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats ausgeübt, alle Rangabzeichen abgeschafft und die Offiziere durch die Soldaten gewählt werden.

Beide Beschlüsse zeigten, dass der Wunsch nach grundlegenden Veränderungen auch unter den mehrheitlich sozialdemokratisch orientierten Delegierten lebendig war. Sie bedeuteten zugleich eine scharfe Kritik am Rat der Volksbeauftragten, der in dieser Hinsicht bislang jegliche Schritte hatte vermissen lassen. Die Frage der Sozialisierung war Anfang Dezember 1918 einer Kommission übertragen und damit auf die lange Bank geschoben worden. In der Militärpolitik hatte Ebert von Anfang an auf eine enge Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung unter Wilhelm Groener gesetzt und dadurch verhindert, rechtzeitig eine zuverlässige republikanische Schutztruppe aufzubauen.

Die Folge war, dass das alte Offizierskorps schon bald wieder ein auftrumpfendes Selbstbewusstsein an den Tag legte. Mitte Dezember 1918, als die von der Front zurückkehrenden Gardetruppen in Berlin festlich empfangen wurden, beobachtete Harry Graf Kessler: „Auffallend, daß keine rote Fahne mehr zu sehen ist; alles nur Schwarz-Rot-Gold. Mannschaften und Offiziere gehen meistens wieder mit Kokarden und Achselstücken. Der Unterschied gegen Mitte November ist groß.“ Das Militär war erneut zum wichtigsten innenpolitischen Machtfaktor geworden. Ebert rückte sofort von den militärpolitischen Be-

schlüssen des Rätekongresses ab, als die Heeresleitung ihren Protest anmeldete.

Die Weihnachtskrise

Wie eng die MSPD-Volksbeauftragten mit der alten preußischen Militärkaste verbunden waren, zeigte sich auch in den Weihnachtstagen 1918. Zwischen der nach links tendierenden Volksmarinedivision und dem Berliner Stadtkommandanten, dem MSPD-Politiker Otto Wels, eskalierte ein seit längerem schwelender Konflikt. Er drehte sich vor allem um ausstehende Soldzahlungen und die Räumung des Stadtschlusses, in dem die Volksmarinedivision ihr Quartier bezogen hatte.

Am 23. Dezember besetzten rebellierende Matrosen vorübergehend die Reichskanzlei, danach stürmten sie die Stadtkommandantur und nahmen Otto Wels und zwei seiner Mitarbeiter fest. Daraufhin forderte Ebert, ohne den Koalitionspartner von der USPD zu informieren, militärische Hilfe an. Bei den Kämpfen, die am Heiligen Abend um das Schloss entbrannten, kamen zahlreiche Matrosen und Gardesoldaten ums Leben.

Die Schuld an dem Blutbad gaben die radikalen Kräfte in der Berliner ArbeiterInnenschaft den MSPD-Volksbeauftragten. Bei der Beerdigung der Gefallenen trugen Demonstranten Schilder mit der Aufschrift: „Des Matrosenmordes klagen wir an Ebert, Landsberg und Scheidemann!“

Die unmittelbare Folge der „Berliner Weihnachtskämpfe“ ist der Bruch der Regierungskoalition. Am 29. Dezember 1918 erklärten die drei USPD-Vertreter ihren Austritt aus dem Rat der Volksbeauftragten.

An ihre Stelle rückten der Gewerkschaftssekretär Rudolf Wissell, zuständig für Wirtschaft und Soziales, und der SPD-



Postkarte 1918.

Militärexperte Gustav Noske, zuständig für „Heer und Marine“. Damit gelangte ein Mann in eine Spitzenposition, der in den folgenden Wochen eine verhängnisvolle Rolle spielen sollte.

Gründung der KPD und Januaraufstand 1919

Noskes Name ist eng verknüpft mit der blutigen Niederschlagung der Januarunruhen 1919 in Berlin.

Auslöser für diesen fälschlicherweise auch als „Spartakusaufstand“ bezeichneten Konflikt war die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, der dem linken Flügel der USPD angehörte. Der Zentralvorstand der USPD von Groß-Berlin, die Revolutionären Obleute der Berliner Metallbetriebe und die Zentrale der KPD antworteten auf diese, wie sie meinten, gezielte Provokation mit einem Aufruf zu einer Protestkundgebung am 5. Januar.

Keine der beteiligten Gruppierungen dachte an einen Aufstand. Doch schon während der Massendemonstration gerieten die Ereignisse außer Kontrolle. Eine Gruppe von DemonstrantInnen besetzte das Gebäude des sozialdemokratischen *Vorwärts* und andere Verlagshäuser im Berliner Zeitungsviertel. Dieser spontanen Aktion folgte am Abend dieses 5. Januar die improvisierte Bildung eines „Revolutionsausschusses“. Dieser rief zum „Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann“ auf, ohne auch nur eine ungefähre Vorstellung davon zu besitzen, wie das Vorhaben in die Tat umzusetzen sei. Das ganze Unternehmen war ein dilettantisch eingefädeltes Abenteuer, an dessen Scheitern es von Anfang an keinen Zweifel geben konnte.

Der blutige Marsch der Konterrevolution

Doch die Regierung gab vor, diese Drohung ernst zu nehmen, und nutzte die Lage entschlossen aus, um die radikale ArbeiterInnenschaft mit aller Brutalität zu unterdrücken.

„Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“ – mit diesen Worten übernahm Noske auf Vorschlag Eberts den Oberbefehl über die Regierungstruppen

in und um Berlin. Für ihn war klar: Diesmal musste ein Exempel statuiert werden. Es sollten mit allen verfügbaren militärischen Mitteln „Ruhe und Ordnung“ wiederhergestellt werden.

Am 11. Januar stürmte das Regiment Potsdam das Zeitungsviertel. Fünf Besetzer des *Vorwärts*, die über die Bedingungen des Abzugs verhandeln wollten, wurden festgenommen und zusammen mit zwei abgefangenen Kurieren erschossen. Das war die erste einer Serie weiterer Gewalttaten, die ungesühnt blieben. Noch am selben Tag ließ Noske die neu formierten Freikorps in Berlin einmarschieren – Verbände von reaktionären Freiwilligen, die darauf brannten, endlich mit Spartakus abrechnen zu können.

Diesen Mörderbanden in Uniform fielen am 15. Januar auch die bekanntesten Köpfe des revolutionären Flügels der deutschen ArbeiterInnenbewegung, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zum Opfer. Tausende anderer ArbeiterInnen und RevolutionärInnen, darunter führende Organisatoren der KPD wie Leo Jogisches und Eugen Levine, sollten bald das gleiche Schicksal erleiden.

Der Publizist Sebastian Haffner hat zu Recht die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts „das eigentliche geschichtsträchtige Ereignis des Revolutionsdramas“ genannt. Denn damit erweiterte sich die Kluft, die sich im Ersten Weltkrieg innerhalb der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung aufgetan hatte, zum Abgrund. Für die AnhängerInnen des linken USPD-Flügels und der KPD stand fest, dass die Führung der Mehrheitssozialdemokratie politisch für den konterrevolutionären Terror verantwortlich war. Das blieb eine bedrückende Hypothek. Zugleich wuchs die Abhängigkeit der Regierung von den Militärs noch weiter. Die Geister, die Ebert und Noske gerufen hatten, wurden sie nicht mehr los.

„Die Nutznießer des Sieges waren nur scheinbar die Mehrheitssozialisten, in Wirklichkeit die Offiziere und durch sie das Bürgertum“, so hat der linkssozialistische Historiker Arthur Rosenberg in seiner zuerst 1935 im Exil veröffentlichten *Geschichte der Weimarer Republik* das Ergebnis der Januar-



Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin, 16.–20. Dezember 1918. Auf der Ministerbank die Volksbeauftragten Barth, Ebert, Landsberg, Scheidemann (v. r. n. l.)

kämpfe zusammengefasst.

Damit begann eine zweite, militantere Phase der Revolution. Sie war – im Unterschied zur ersten – gekennzeichnet durch eine Vielzahl von lokalen Revolten, großen Streiks, vor allem in den Industrievierteln an Rhein und Ruhr und in Mitteldeutschland, durch räterepublikanische Experimente bis hin zum Bürgerkrieg. Diese neue revolutionäre Welle richtete sich nicht mehr, wie im November 1918, gegen den monarchischen Obrigkeitsstaat, sondern gegen die mit den Militärs eng kooperierende mehrheitssozialdemokratisch-bürgerliche Ordnungscoalition.

Bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919, an der zum ersten Mal auch Frauen stimmberechtigt waren, erhielt die MSPD 37,9 Prozent der Stimmen, die USPD dagegen nur 7,6 Prozent. Die KPD hatte den Fehler begangen, die Wahl zu boykottieren. In diesem Ergebnis konnten die Männer um Ebert eine Bestätigung ihres Kurses sehen. Gemeinsam mit der neu gegründeten linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der katholischen Zentrumspartei bildeten sie die „Weimarer Koalition“.

Im Laufe des Frühjahrs 1919 veränderten sich jedoch die Kräfteverhältnisse. Der linke Flügel der ArbeiterInnenbewegung verzeichnete einen stark wachsenden Zuspruch. Dies war vor allem eine Reaktion auf die Politik Ebert-Noskes, überall in Deutschland mit eiserner Faust „Ordnung“ zu schaffen.

In Bremen feierte die Reichsregierung ihren zweiten konterrevolutionären „Erfolg“. Mit militärischer Gewalt ließ sie die Räterepublik, die dort am 10. Januar ausgerufen worden war, Anfang Februar blutig niederschlagen.

Im März 1919 kam es wiederum in Berlin im Anschluss an einen Generalstreik zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen über 1.000 Menschen ihr Leben verloren. Im Verlauf dieser Kämpfe gab Noske am 9. März seinen berühmten Schießbefehl. Er erlaubte den Regierungstruppen, jede Person, die mit einer Waffe in der Hand angetroffen wurde, sofort zu erschießen. Das war ein Freibrief zum Töten politischer GegnerInnen.

Schließlich wurde, immer noch unter dem Oberbefehl Noskes, Anfang Mai 1919 die Reichsexekution gegen die Münchner Räterepublik verhängt. Dadurch kamen erneut Hunderte von RevolutionärInnen ums Leben, unter ihnen der Sozialist und Schriftsteller Gustav Landauer, der wie ein Hund totgeprügelt wurde. „Man blickt im Geiste um sich: lauter Tote, lauter Ermordete [...]“, notierte der Münchner Anarchist Erich Mühsam, der zu fünfzehn Jahre Haft verurteilt wurde, am 7. Mai in seiner Zuchthauszelle.

Ausblick

Mit der Unterdrückung der Münchner Räterepublik endete die zweite Phase der Revolution. Das Ergebnis war niederschmetternd. „Schon um die Mitte des Jahres [1919] lag die reale Macht in Deutschland bei den Freikorps, nicht bei der Nationalversammlung“, befand Arthur Rosenberg. Während die MSPD in der zweiten Jahreshälfte 1919 große Teile ihrer Anhänger an die USPD verlor, blieben das Offizierskorps und mit ihm große Teile des konservativen Bürgertums auf Distanz zur Republik.

Vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung war der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, benannt nach den beiden

Hauptverschwörern. Der eine war der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, der 1917 zu den Mitbegründern der extrem nationalistischen Deutschen Vaterlandspartei gehört hatte. Der andere war der Freiherr Walther von Lüttwitz, kommandierender General des Reichswehr-Gruppenkommandos I in Berlin, ein enger Vertrauter Noskes.

Zwar setzte ein Generalstreik der Herrschaft der Putschisten bereits nach fünf Tagen ein Ende, doch die Chance, konsequent gegen die Reaktion vorzugehen, blieb erneut ungenutzt.

Bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 verlor die „Weimarer Koalition“ ihre Mehrheit. Das Ergebnis war ein deutlicher Ruck nach rechts. Dauernde Regierungswechsel und politische Instabilität prägten fortan die Weimarer Republik. Die radikale Linke verspielte ihre letzte große Chance für einen revolutionären Wandel im Krisenjahr 1923.

Selbst Wilhelm Dittmann, einer der drei USPD-Volksbeauftragten, hat rückblickend den November 1918 als einen „unerhört günstigen geschichtlichen Augenblick“ bezeichnet, „mit einem Ruck die politische und wirtschaftliche Entwicklung vorwärtszustoßen“.

Die Sozialisierung des Bergbaus, der Großindustrie und der Großbanken, eine durchgreifende Agrarreform in Ostelbien, die Entlassung von kaiserlichen Spitzenbeamten, eine radikale Überwindung des alten Klassenstaates durch eine Räterepublik und der Aufbau einer der Novemberrevolution verpflichteten Truppe – all das und noch viel mehr war im Winter 1918/19 möglich gewesen. Nur so hätte den alten Herrschern aus Großindustrie und Hochfinanz, aus Großlandwirtschaft, Bürokratie und Militär ihre Machtbasis entrissen werden können. Nur so hätte der Siegeszug der Konterrevolution verhindert werden können.

Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie verstanden sich jedoch als Konkursverwalter des Kaiserreichs und nicht als entschlossene Neuerer. Sie verkannten, dass selbst die neue bürgerlich-parlamentarische Demokratie gewisser Veränderungen bedurfte, um überlebensfähig zu sein. Sie ließen deshalb die hergebrachten gesellschaftlichen Machtstrukturen im Wesentlichen unangetastet.

„Da regiert der Bürger in seiner übelsten Gestalt. Da regiert der Offizier alten Stils. Da regiert der Beamte des alten Regimes. Und wie sie regieren! Keine Erkenntnis hat sich da Bahn gebrochen. Kein Luftzug einer neuen Zeit weht da herein“, bemerkte Kurt Tucholsky in einer Betrachtung über die deutsche Provinz im Jahr 1920.

Die reaktionären Führungsschichten des Kaiserreichs erfreuten sich weiterhin privilegierter Positionen, und sie verharrten in Fundamentalopposition gegen das verhasste „System von Weimar“. Im Prozess der Auflösung der Republik 1930 bis 1933 konnten sie daher eine höchst aktive Rolle spielen.

Fazit

Die Novemberrevolution war ein weitgehend spontaner politischer Umsturz, der von sozialdemokratischen ArbeiterInnen- und Soldatenmassen getragen wurde. Eine besonders aktive Rolle spielte dabei die radikalen organisierten Metallarbeiter um Richard Müller.

Neben den mehrheitlich nach wie vor bestehenden politischen Illusionen in die staatsfixierte sozialdemokratische Führung war

die entscheidende Schwäche dieser großartigen Erhebung das Fehlen einer reichsweit koordinierten Rätewacht, eines starken klassenkämpferischen Gewerkschaftsflügels und einer revolutionären Partei mit Masseneinfluss.

Die Ansätze zu einer sozialen Revolution in Deutschland wurden von der sozialdemokratischen Führung im Bündnis mit den Resten des kaiserlichen Heeres blutig niedergeschlagen. Diese konterrevolutionäre Koalition sicherte den Erhalt der wirtschaftlichen, staatlichen und militärischen Macht des deutschen Imperialismus. Sie blockierte damit auch die Weiterentwicklung der Möglichkeiten der politischen Revolution von 1918. Vor allem aber ebnete sie den Weg für die Errichtung der faschistischen Diktatur 1933. Nur eine Einheitsfront der stärksten organisierten ArbeiterInnenbewegung der damaligen kapitalistischen Welt hätte diese historische Niederlage noch verhindern können.

Überlassen wir Sebastian Haffner das Schlusswort:

„Noch heute gibt es viele Ebert-Deutsche, die jede Revolution ‚hassen wie die Sünde‘; noch heute gibt es viele, die die Revolution von 1918 verleugnen wie einen Schandfleck [...] Aber die Revolution ist kein Schandfleck. Sie war – besonders nach vier Jahren Hunger und Ausbeutung eine Ruhmestat. Ein Schandfleck ist der Verrat, der an ihr verübt wurde [...] Es sind nicht die siegreichen, es sind die erstickten und unterdrückten, die verratenen und verleugneten Revolutionen, die ein Volk krank machen.

Deutschland krankt an der verratenen Revolution von 1918 noch heute.“ ■

* [Dieser Text ist zuerst in *Inprekorr / die Internationale*, Nr. 1/2011 von Januar/Februar 2011 erschienen.]

Literatur:

- Abendroth, Wolfgang, Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd.1, Heilbronn 1985.
 Broué, Pierre, Die deutsche Revolution (1918-1923), Berlin 1973.
 Dorst, Tankred (Hg.), Die Münchner Räterepublik, Zeugnisse und Kommentar, Frankfurt/Main 1966.
 Kittner, Michael, Arbeitskampf, München 2005.
 Luban, Ottokar, Die mutigen Arbeiter von 1918; in: *Frankfurter Rundschau* vom 01.02.2008.
 Müller, Richard, Geschichte der deutschen Revolution, 3 Bde., Berlin 1979.
 Haffner, Sebastian, Der Verrat, Berlin 1993.
 Hoffrogge, Ralf, Richard Müller, Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.
 Kuckuck, Peter (Hg.), Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt/Main 1969.
 Rosenberg, Arthur, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1972.
 Ders., Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1973.
 Ullrich, Volker, Die halbe Revolution, *ZEIT ONLINE* 34-2008 (www.zeit.de/zeit-geschichte/2008/03/weimarer-republik-aufbruch).
 Weber, Hermann, Die Gründung der KPD, Protokoll und Materialien des Gründungsparteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, Berlin 1993.
 Wikipedia, Novemberrevolution (de.wikipedia.org/wiki/Novemberrevolution).

Bildnachweis

Seite 1: Gemeinfrei.

Seite 2: Privatarchiv.

Seite 5: Privatarchiv.

Seite 6: Bundesarchiv, Bild 146-1972-030-63 / CC-BY-SA 3.0.

Impressum:

ISO Rhein-Neckar

Postfach 10 26 10

D-68026 Mannheim

Fon/Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

